

LANDESVERWALTUNGSGERICHT



BURGENLAND

# TÄTIGKEITSBERICHT

## 2014-2015

# TÄTIGKEITSBERICHT 2014/2015

Die Vollversammlung des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland hat in ihrer Sitzung vom 28. Juni 2016 gemäß § 20 des Burgenländischen Landesverwaltungsgerichtsgesetzes, LGBl Nr 44/2013 idgF, nachstehenden Bericht über die Tätigkeit der Jahre 2014 und 2015 und die dabei gesammelten Erfahrungen beschlossen.

Der Präsident:

Mag. G r a u s z e r

# INHALTSÜBERSICHT

	Seite
<b>1. Bericht über die Tätigkeit</b>	
<b>1.1. Organisation</b>	
1.1.1. Allgemeines	3
1.1.2. Gesetzliche Grundlagen	3
1.1.3. Zuständigkeiten	4-5
1.1.4. Personelle Situation	5-6
1.1.5. Unterbringung und Ausstattung	6
1.1.6. Geschäftsverteilung	7
1.1.7. Vollversammlung	7
1.1.8. Dokumentation der Entscheidungen	7
1.1.9. Präsidentenkonferenz	8
1.1.10. Fortbildung	8
<b>1.2. Geschäftsgang</b>	
1.2.1. Aktenanfall	8-9
1.2.2. Erledigung von Rechtssachen	9
1.2.3. Verfahren vor den Höchstgerichten	9-10
<b>2. Bericht über die bei der Tätigkeit gesammelten Erfahrungen</b>	
2.1. Organisation	10-11
2.2. Personelle Vorsorge und Geschäftsgang	11-12
2.3. Kosten	12
2.4. Sonstiges	12-13
<b>3. Tabellen und Grafiken</b>	
Aktenanfall nach Rechtsgebieten	14-19
Erledigungen in den Berichtsjahren	19-21
Aktenanfall nach Behörden	22
Eingang nach Behörden	23-27
Eingang nach Materien	28-34
Zusammenfassung Eingänge-Erledigungen	35
Art der Erledigungen	36-40
Grafiken	41-42

# **1. Bericht über die Tätigkeit**

## **1.1. Organisation**

### 1.1.1. Allgemeines

Mit 01.01.2014 wurde in Österreich unter der Ebene des Verwaltungsgerichtshofes eine Verwaltungsgerichtsbarkeit I. Instanz geschaffen: ein Landesverwaltungsgericht für jedes Bundesland und ein Bundesverwaltungsgericht für die unmittelbare Bundesverwaltung und ein Bundesverwaltungsgericht für Finanzen.

Die bisherigen Unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern (UVS), der Asylgerichtshof und zahlreiche weitere Behörden wurden aufgelöst. Die Verwaltungsgerichte führten die mit Ablauf des 31.12.2013 bei den vorgenannten aufgelösten Behörden und bei sonstigen (nicht aufgelösten) Behörden anhängigen Berufungsverfahren weiter. Dies galt nicht für Berufungen, die bei einem Gemeinderat anhängig waren, weil das Burgenland den innergemeindlichen Instanzenzug auch nach der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit I. Instanz beibehielt.

### 1.1.2. Gesetzliche Grundlagen

Art 129 bis 132 und 134 bis 136 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), BGBl Nr 1/1930, idF BGBl I Nr 51/2012, enthalten die verfassungsrechtlichen Vorschriften für die Verwaltungsgerichte, deren Zuständigkeiten sind in den Art 130 bis 132 B-VG geregelt.

Art 66a der Verfassung des Burgenlandes bestimmt, dass für das Land Burgenland ein Landesverwaltungsgericht mit Sitz in Eisenstadt besteht. Die Richterinnen und Richter werden von der Landesregierung ernannt und sind in Ausübung ihres richterlichen Amtes unabhängig (weisungsfrei). Das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz – Bgld. LVwGG, LGBl Nr 44/2013, regelt die Einrichtung und Organisation des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland. Darauf gründet die von der Vollversammlung des Landesverwaltungsgerichtes erlassene Geschäftsordnung.

Das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz – VwGGV regelt das Verfahren der des Landesverwaltungsgerichts, subsidiär gelten das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG und das Verwaltungsstrafgesetz 1991

VStG. In Abgabenverfahren ist ausschließlich die Bundesabgabenordnung – BAO anzuwenden.

### 1.1.3. Zuständigkeiten

Gemäß Art 130 Abs 1 B-VG erkennen die Verwaltungsgerichte über Beschwerden

1. gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde wegen Rechtswidrigkeit;
2. gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt wegen Rechtswidrigkeit;
3. wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch eine Verwaltungsbehörde;
4. gegen Weisungen gemäß Art 81a Abs 4 (Weisungen von Schulbehörden).

Gemäß Art 130 Abs 2 B-VG können durch Bundes- oder Landesgesetz sonstige Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung über

1. Beschwerden wegen Rechtswidrigkeit eines Verhaltens einer Verwaltungsbehörde in Vollziehung der Gesetze oder
2. Beschwerden wegen Rechtswidrigkeit eines Verhaltens eines Auftraggebers in den Angelegenheiten des öffentlichen Auftragswesens oder
3. Streitigkeiten in dienstrechtlichen Angelegenheiten der öffentlich Bediensteten

vorgesehen werden.

Gemäß Art 131 Abs 1 B-VG erkennen über Beschwerden nach Art 130 Abs 1 die Verwaltungsgerichte der Länder, soweit nicht das Verwaltungsgericht des Bundes oder das Verwaltungsgericht des Bundes für Finanzen zuständig ist.

Das Verwaltungsgericht des Bundes erkennt nach Art 131 Abs 2 B-VG über Bescheidbeschwerden in Rechtssachen in den Angelegenheiten der Vollziehung des Bundes, die unmittelbar von Bundesbehörden besorgt werden. Weiters erkennt das Verwaltungsgericht des Bundes in Verfahren betreffend Vergabeangelegenheiten des Bundes und - wenn vorgesehen - über Streitigkeiten in dienstrechtlichen Angelegenheiten der öffentlich Bediensteten des Bundes.

Das Verwaltungsgericht des Bundes für Finanzen erkennt nach Art 131 Abs 3 B-VG über Beschwerden in Rechtssachen in den Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben (mit Ausnahme der Verwaltungsabgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden) und des Finanzstrafrechts sowie in sonstigen ge-

setzung festgelegten Angelegenheiten, soweit die genannten Angelegenheiten unmittelbar von den Abgaben- oder Finanzstrafbehörden des Bundes besorgt werden.

Nach Art 131 Abs 4 B-VG kann durch Bundesgesetz

1. eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte der Länder vorgesehen werden: in Rechtssachen in den Angelegenheiten gemäß Abs 2 und 3;
2. eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte des Bundes vorgesehen werden:
  - a) in Rechtssachen in den Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung für Vorhaben, bei denen mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist;
  - b) in sonstigen Rechtssachen in den Angelegenheiten der Vollziehung des Bundes, die nicht unmittelbar von Bundesbehörden besorgt werden, sowie in den Angelegenheiten der Art 11, 12, 14 Abs 2 und 3 und 14a Abs 3.

Betreffend das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz –ASVG wurde von der Möglichkeit des Art 131 Abs 4 Z 2 lit b B-VG Gebrauch gemacht und ist diese Zuständigkeit an das Bundesverwaltungsgericht übergegangen.

Nach Art 131 Abs 5 B-VG kann durch Landesgesetz in Rechtssachen in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte des Bundes vorgesehen werden. So bestimmt § 33 Bgld. LVwGG, dass über Beschwerden in dienstrechtlichen Angelegenheiten des Personals des Landesverwaltungsgerichtes das Bundesverwaltungsgericht entscheidet (außer in Disziplinarsachen und betreffend Leistungsfeststellung).

#### 1.1.4. Personelle Situation

Das Landesverwaltungsgericht Burgenland bestand im Berichtsjahr 2014 aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und sieben weiteren Mitgliedern. Mit 01.01.2014 wurde eine juristische Mitarbeiterin für die Evidenzstelle befristet auf ein Jahr dienstzugeteilt. Ihre Beschäftigung endete jedoch bereits Ende September 2014 infolge Mutterschutz und Karenz. Die Evidenzstelle wurde erst mit 01.03.2015 nachbesetzt. Am 01.08.2015 wurde diese juristische Mitarbeiterin zur Richterin (achtes Mitglied) ernannt. Seither steht für die Evidenz kein Jurist zur Verfügung.

Mit Ende 2015 standen dem Landesverwaltungsgericht sieben Schreib- und Kanzleibedienstete zur Verfügung (5,5 Vollzeitäquivalente, c und d Bedienstete).

#### 1.1.5. Unterbringung und Ausstattung

Das Landesverwaltungsgericht ist (wie schon der frühere UVS) im Regierungsgebäude Landhaus Neu - Europaplatz 1 in Eisenstadt untergebracht. Das Gericht teilt sich mit dem Landesrechnungshof einen gesonderten Eingang in der Waschstattgasse. Zwei vollklimatisierte, schallgedämmte und videoüberwachte Verhandlungsräume, von denen der größere ausreichend Platz für viele Parteien und Zuhörer bietet, sowie ein großer Wartebereich und ein Anwaltszimmer stehen zur Verfügung. Der Zugang zu den Verhandlungsräumen erfolgt baulich getrennt vom Zugang zu den Kanzlei- und Richterzimmern. Eine visuelle Zugangskontrolle ist eingerichtet, die bei anderen Gerichten übliche Sicherheitsschleuse (Metalldetektor) wurde leider nicht eingebaut. Auf ein der Landesregierung unterbreitetes umfassendes Sicherheitskonzept erhielten wir keine Antwort. Da im Landhaus – Neu aber auch weisungsabhängige Verwaltungsorgane untergebracht sind, leidet der wesentliche äußere Anschein unserer Unabhängigkeit von der Landesregierung im Sinne des Art 6 Europäische Menschenrechtskonvention- EMRK.

Nach wie vor unbefriedigend ist die Verkehrssituation vor dem Eingang des Landesverwaltungsgerichtes in der Waschstattgasse. Da kein Gehsteig vorhanden ist, müssen die Fußgänger auf dem Weg zum Gericht die Fahrbahn benutzen. Ein wirksam beschilderter Behindertenparkplatz für Kraftfahrzeuge von Besuchern des Landesverwaltungsgerichtes besteht nicht. Notorische Falschparker in der Waschstattgasse, die nur über Aufforderung des Landesverwaltungsgerichtes von der Polizei beanstandet werden, blockieren häufig den Eingangsbereich.

Das Gericht ist technisch sehr gut ausgestattet. Die Vorteile einer virtuellen Serverlösung (im Standort EBRZ mit Ausfallsstandort ARZ im Technologiezentrum) werden nach wie vor genutzt. Jeder Arbeitsplatz ist entweder mit einem Desktop- oder mit einem Laptop-Arbeitsplatz ausgestattet. Für die Heimarbeit kann der Laptop zu Hause als vollständiger Büroarbeitsplatz verwendet werden, mit Zugriff auf alle Datenbanken.

Sieben Richterarbeitsplätze wurden mit dem Spracherkennungsprogramm „jurisdiction® Edition + Dragon Professional Version 13“ ausgestattet.

#### 1.1.6. Geschäftsverteilung

Die Vollversammlung des Landesverwaltungsgerichtes hat am 26.11.2013 die erste Geschäftsverteilung für das Berichtsjahr 2014 beschlossen. Bis zum Ende des Berichtsjahres 2015 wurde die Geschäftsverteilung für die Jahre 2014 und 2015 sechsmal geändert.

#### 1.1.7. Vollversammlung

Insgesamt wurden in den zwei Berichtsjahren elf Vollversammlungen abgehalten. Neben den bereits unter Punkt 1.1.6. angeführten Sitzungen wurde 2015 der Besetzungsvorschlag für die ausgeschriebene Richterstelle, ein Befangenheitsantrag sowie die Amtsenthebung eines dauernd dienstunfähigen Richters beschlossen.

#### 1.1.8. Dokumentation der Entscheidungen

Alle Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes werden für den internen Gebrauch dokumentiert. Für dritte Personen oder bgl. Behörden ist kein Zugang eingerichtet, weil für die erforderliche Anonymisierung aller Entscheidungen und Rechtssatzbildung kein ausreichendes Personal (insbesondere kein Jurist) in der Evidenzstelle zur Verfügung steht. Dieser Mangel führt leider auch dazu, dass das Landesverwaltungsgericht Burgenland als einziges Landesverwaltungsgericht in Österreich nicht in der Lage ist, dauernd an der Zeitschrift der Verwaltungsgerichtsbarkeit mitzuarbeiten.

Ausgewählte Rechtssätze und Volltexte von Entscheidungen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, werden in die Judikaturdokumentation des Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS) eingegeben. Diese Judikaturdokumentation ist über das Internet allgemein zugänglich. Mit Stichtag 31.12.2015 waren 97 Rechtssätze und 88 Entscheidungen im Volltext im RIS gespeichert.

Einzelne Entscheidungen von allgemeinem Interesse werden auf der Homepage des Landesverwaltungsgerichtes, <http://verwaltungsgericht.bgl.gv.at/>, in allgemein verständlicher Sprache dargestellt.



### 1.1.9. Präsidentenkonferenz

Auf gesamtösterreichischer Ebene besteht eine Präsidentenkonferenz der Verwaltungsgerichte der Länder und des Bundes. Diese dient vor allem einem Erfahrungsaustausch sowie der Beratung gemeinsamer Anliegen. Innerhalb der Konferenz wurden Arbeitsgruppen zu Themen wie Aus- und Fortbildung der Richter, Verfahrensrecht, Benchmarks, Medienarbeit eingerichtet.

### 1.1.10. Fortbildung

Neben den von der Präsidentenkonferenz initiierten und von einzelnen Verwaltungsgerichten organisierten Workshops für Führerscheinrecht, Betriebsanlagenrecht, Maßnahmenbeschwerden, Abgabenrecht etc. wurden auch zahlreiche Weiterbildungsveranstaltungen, die von Universitäten in Kooperation mit der Präsidentenkonferenz oder der Verwaltungsakademie des Bundes veranstaltet wurden, beschickt und eigene Seminare abgehalten.

## 1.2. Geschäftsgang

### 1.2.1. Aktenanfall

In den Berichtsjahren sind **2347** Rechtssachen und zwar 1461 Strafsachen, 759 Administrativangelegenheiten, zwölf Maßnahmenbeschwerden, 99 höchstgerichtliche Verfahren (Bescheidbeschwerden und Revisionen an Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) angefallen. Das Gericht stellte 16 Normprüfungsanträge an den Verfassungsgerichtshof. Von früheren Rechtsmittelbehörden haben wir 156 unerledigte Fälle übernommen. Der älteste war über 20 Jahre alt.

Der Anteil der Strafsachen beträgt 52 % aller Akten. Etwa ein Drittel aller Rechtssachen betrifft Administrativverfahren. Dieser Anstieg gegenüber dem UVS-Anfall ist eine Folge der mit der Verwaltungsreform verbundenen Zuständigkeitserweiterung. 33 % der Administrativverfahren betreffen Gemeindeangelegenheiten, der Rest fällt auf über 30 verschiedene belangte Behörden. Rund 35 % der Gemeindesachen betreffen das Bau-recht.

14 Verfahren betrafen Vergaberechtsnachprüfungen und in zehn Fällen wurden einstweilige Verfügungen nach dem Burgenländischen Vergaberechtsschutzgesetz beantragt.

Rund 45 % der Strafsachen bezogen sich auf das Verkehrsrecht. 10 % der Beschwerden betrafen das Glücksspielgesetz, nach dem Verkehrsrecht die am stärksten angefallene Einzelmaterie. Ein höherer Anfall entfiel auch auf Beschwerden nach der Gewerbeordnung, dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz und dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (jeweils im Bereich zwischen 3,5 % und 5 % des Aktenanfalles). Die restlichen 32 % betrafen über 50 verschiedene Materien.

Die Fallzahlen ergeben sich aus folgender Zählweise: Pro Beschwerdeschriftsatz oder Antragsschreiben ein Fall (auch wenn in einem Straferkenntnis mehrere Delikte bestraft werden oder mehrere Personen mit einem Schriftsatz einschreiten). Pro Verfahrenshilfeantrag und pro Höchstgerichtsverfahren wird ein Fall gezählt. Da in den Verwaltungsgerichten nicht nach den gleichen Regeln gezählt wird und auch unsere Zählweise seit 2014 (gegenüber dem UVS) neu ist, ist ein Vergleich des Aktenanfalles zwischen den Verwaltungsgerichten und UVS wenig aussagekräftig.

Ein „höchstgerichtliches Verfahren“ gilt in unserer Statistik als abgeschlossen, wenn das Höchstgericht entschieden hat und wir einen allfälligen Bescheid (Ersatzbescheid) erlassen haben.

#### 1.2.2. Erledigungen von Rechtssachen

In den Berichtsjahren wurden **1258** Strafsachen, **671** Administrativverfahren und **11** Maßnahmenbeschwerden vom Landesverwaltungsgericht abgeschlossen, d.s. **1940** Fälle. 326 Rechtssachen blieben bis 31.12.2015 unerledigt.

#### 1.2.3. Verfahren vor den Höchstgerichten

Insgesamt **115** Höchstgerichtsverfahren waren in den zwei Jahren anhängig, und zwar 69 Bescheidprüfungsverfahren bzw. Revisionen beim Verwaltungsgerichtshof (VwGH), zwei Verfahrenshilfeanträge bei außerordentlichen Revisionen, 28 Bescheidbeschwerden beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) sowie 16 Normprüfungsanträge beim VfGH.

In 81 der anhängig gewesenen Verfahren wurde im Berichtszeitraum entschieden, 34 Verfahren vor den Höchstgerichten blieben offen.

Der VfGH hat in den Berichtsjahren in 20 Fällen entschieden, wobei in 18 Fällen die Behandlung der Beschwerde abgelehnt wurde, einem Antrag wurde stattgegeben und ein Antrag zurückgewiesen. Die Normprüfungsanträge (alle das Glücksspielgesetz betreffend) wurden zurückgewiesen.

Der VwGH hat über 45 Revisionen abgesprochen. In acht Fällen wurde der Revision ganz oder teilweise stattgegeben, in 35 Fällen wurde sie zurück- oder abgewiesen. Zwei Verfahren stellte der VwGH ein.

Insgesamt traf das Landesverwaltungsgericht im Berichtszeitraum 1940 Entscheidungen, davon wurden 99 bei den Höchstgerichten angefochten. Das ergibt eine Anfechtungsrate von insgesamt 5,1 % (VwGH: 3,7 %, VfGH: 1,4 %). Nur in neun Fällen war die Revision erfolgreich.

## **2. Bericht über die bei der Tätigkeit gesammelten Erfahrungen**

### **2.1. Organisation**

Das Landesverwaltungsgericht ist in organisatorischer Hinsicht weitgehend eigenständig. Eine wichtige Voraussetzung für diese Eigenständigkeit ist die aufgrund eines umfassenden Teilvoranschlags als „Sonderamt“ im Landesvoranschlag gegebene budgetmäßige Eigenverantwortung des Landesverwaltungsgerichtes. Der Präsident verfügt über den Sachaufwand, wofür bisher ausreichend Geld zur Verfügung stand. Der Präsident ist für alle Bediensteten des Gerichtes Dienstbehörde (außer in besoldungsrechtlichen Angelegenheiten) und Dienstvorgesetzter, wobei er an keine Weisungen gebunden ist. Hinsichtlich der Besetzung von Richterposten steht der Vollversammlung ein Besetzungsvorschlag an die Landesregierung zu. Die Landesregierung ist gesetzlich verpflichtet, den Präsidenten bei der Zuweisung von sonstigen Bediensteten an das Landesverwaltungsgericht oder von diesem an eine andere Dienststelle des Landes zu hören.

Die Raumkapazität und die Ausstattung der Diensträume sind gut. Negativ sind die Nichtumsetzung des Sicherheitskonzeptes durch die Landesregierung und die Verkehrslage vor dem Eingang.

## **2.2. Personelle Vorsorge und Geschäftsgang**

Über die Berichtsjahre gerechnet standen effektiv (unter Berücksichtigung der Beschäftigungsausmaße und Amtsdauer) 9,41 Richter zur Verfügung. Statistisch gesehen sind pro Richter 249 Akten angefallen, jeder Richter hat 215 Akten tatsächlich erledigt (einschließlich Normprüfungsanträge).

Hervorzuheben ist der österreichweit vergleichsweise geringe Anteil des nicht-richterlichen Personals im Verhältnis zu den Richtern von 1:1,9 mit Ende des Berichtsjahres. Bei anderen Verwaltungsgerichten ist dieses Verhältnis sogar 1:1.

Nachteilig wirkt, dass dem Landesverwaltungsgericht Burgenland als einzigem Verwaltungsgericht in Österreich kein ausreichendes Personal für die Evidenzstelle, insbesondere kein Jurist als wissenschaftlicher Mitarbeiter (auch zur Assistenz von Richtern) zur Verfügung steht.

Nach dem derzeitigen Aktenanfall ist die Zahl der Richter ausreichend. Wie sich das neue Asylgesetz auf den Anfall bei Maßnahmenbeschwerden („Zurückweisungen und Zurückschiebungen an der Grenze“ und Anhaltungen) auswirken wird, ist mangels bekanntem Mengengerüst nicht abschätzbar. Ein personeller Mehrbedarf ist bei Wirksamkeit einer Verordnung der Bundesregierung nach § 36 Asylgesetz zu erwarten.

Die Richter des Landesverwaltungsgerichts Burgenland bekommen im österreichischen Vergleich das deutlich geringste Gehalt.

### **Die durchschnittliche Erledigungsdauer eines Aktes betrug in den Berichtsjahren 102 Tage.**

Die vorgelegten Akten der Verwaltung beinhalten immer weniger ausreichende Sachverhaltsermittlungen, was zu steigendem Verbesserungsaufwand (Zeit und Kosten) pro Akt bei uns als Rechtsmittelinstanz führt. Dieser seit Jahren (schon beim früheren UVS) festzustellende negative Trend setzt sich fort. Oft werden die erforderlichen Gutachten nicht eingeholt oder unverwert-

bare Gutachten einem Bescheid zugrunde gelegt. Wir bemerken eine fallende juristische Qualität der Verwaltungsentscheidungen allgemein. Durch das Abschieben der Ermittlungstätigkeit von der Verwaltung auf das Landesverwaltungsgericht steigen die Verfahrenskosten beim Gericht und verlängert sich die Verfahrensdauer insgesamt.

Die Verwaltungsbehörden nehmen nur sehr selten an mündlichen Verhandlungen vor dem Gericht teil. Sie verteidigen ihre Entscheidungen regelmäßig nicht. Oft werden zu Maßnahmenbeschwerden trotz Einladung keine Gegenschriften abgegeben und auch keine Anträge gestellt. Beim Obsiegen kann deshalb dem Rechtsträger Land oder Bund kein Kostenersatz zugesprochen werden.

**Im Berichtsjahr waren 48,5 % aller Beschwerdeführer und sonstigen Antragsteller erfolgreich**, d.h. ihren Anträgen wurde in unseren Entscheidungen ganz oder teilweise stattgegeben. 5 % der Antragsteller zogen ihren Antrag zurück.

### **2.3. Kosten**

Ein erledigter Akt kostete dem Land Burgenland, das den Personal- und Sachaufwand trägt, durchschnittlich 1075 Euro.

Für Zeugen-, Sachverständigen- und Dolmetschergebühren wurden insgesamt 35.503,86 Euro ausgegeben, davon 48,90 % in Angelegenheiten der Bundesvollziehung (hauptsächlich für notwendige nichtamtliche Sachverständige in Strafsachen nach dem Glücksspielgesetz und für Dolmetscher nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, welche allerdings dem Land vom Bund ersetzt werden) und 51,9 % in Angelegenheiten des Landes (der größte Anteil betraf Ausgaben für nichtamtliche Sachverständige nach dem Bgld. Baugesetz und dem Weinbaugesetz).

### **2.4. Sonstiges**

#### **2.4.1. Gemeindeinterner Instanzenzug**

Die Beibehaltung des innergemeindlichen Instanzenzuges im Burgenland führt bei den hauptbetroffenen Bau- und Abgabeverfahren zu einem unnötigen Verwaltungsaufwand und zu einer Verlängerung der Verfahrensdauer. Unnötig

deshalb, weil das Landesverwaltungsgericht ohnehin – nach Durchlaufen des innergemeindlichen Instanzenzuges – schon jetzt eine Entscheidung in der Sache selbst zu treffen hat. Die früheren Aufsichtsbehörden konnten lediglich die Entscheidung der Gemeinde bestätigen oder aufheben. Zum häufigen Argument von Gemeindefunktionären, die Gemeinde müsse die Möglichkeit haben, ihre Entscheidung im eigenen Wirkungsbereich zu korrigieren, ist auf die im einstufigen Verwaltungsverfahren zulässige Beschwerdevorentscheidung durch die Gemeinde zu verweisen. Damit kann sie ihre Entscheidung in jede Richtung abändern, das heißt insbesondere auch, dass sie ihre eigene Entscheidung wiederholen, die Begründung jedoch ersetzen bzw ergänzen kann. Leider wird davon kaum Gebrauch gemacht. Bemerkte sei, dass in der Praxis in der Regel derselbe Amtmann die Entscheidung des Bürgermeisters und des Gemeinderats konzipiert, insoweit ist kein juristischer Qualitätsgewinn in einem Berufungsverfahren zu erwarten.

Nunmehr tritt die Rechtskraft erst nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ein. Erst mit diesem Zeitpunkt und somit nach drei Verfahrensebenen kann nun beispielsweise rechtmäßig mit dem Bau eines Objektes begonnen werden. Aus diesen Überlegungen wäre die Abschaffung des gemeindeinternen Instanzenzuges zu begrüßen.

### 3. Tabellen und Grafiken

#### Aktenanfall nach Rechtsgebieten in den beiden Berichtsjahren

##### A. Verwaltungsstrafsachen

StVO	277
KFG	257
Glücksspielgesetz	147
Bundesstraßen-Mautgesetz 2002	76
Gewerbeordnung	73
AVRAG	61
ASVG	51
GGBG	47
Bgld. Baugesetz	45
Bgld. Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz	31
Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes	30
Fremdenpolizeigesetz	24
Führerscheingesetz	24
Verordnung (EG) 561/2006	24
Weingesetz	19
Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz	18
Arbeitszeitgesetz	17
Bgld. Jagdgesetz 2004	17
Weinbaugesetz	17
Ausländerbeschäftigungsgesetz	14
Güterbeförderungsgesetz	14
WRG	13
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz	12
VStG	11
Verordnung (EG) 3821/85	9
Bgld. Landarbeitsordnung	8
Kurzparkzonengebührengesetz	8
Tierschutzgesetz	8
Meldegesezt	7
Mineralrohstoffgesetz	7
Nationalparkgesetz	7
AVG	6

Forstgesetz	5
Tabakgesetz	5
Bauarbeiterschutzverordnung	4
Bundes-Luftreinhaltegesetz	4
Eisenbahnkreuzungsverordnung	4
Verfahrenshilfeantrag LVwG	4
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz	3
Tiergesundheitsgesetz	3
AETR	2
Bgld. Kinderbildungs- und betreuungsgesetz	2
Bgld. Leichen- und Bestattungswesengesetz	2
BUAG	2
EGVG	2
Kraftfahrliniengesetz	2
Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz	2
Pflanzenschutzmittelgesetz	2
Rotkreuzgesetz	2
Sicherheitspolizeigesetz	2
Abzeichengesetz	1
Arbeitsruhegesetz	1
Ärztegesetz	1
Bauarbeitenkoordinationsgesetz	1
Bgld. Grundverkehrsgesetz	1
Bgld. Straßengesetz 2005	1
Bgld. Veranstaltungsgesetz	1
Bgld. Wählerevidenzgesetz	1
Bundesstatistikgesetz	1
E-Commerce-Gesetz	1
Feldschutzgesetz	1
G über WLV Nördliches Bgld.	1
G über die Mindestabstände zu fremden Grundstücken	1
Kesselgesetz	1
Kurzparkzonen-Überwachungsverordnung	1
Lebensmittelgesetz	1
Luftfahrtgesetz	1
Maß- und Eichgesetz	1
Mediengesetz	1
Schiffahrtsgesetz	1
Tierärztegesetz	1
Tiertransportgesetz	1



Universitätsgesetz	1
Verordnung (EG) 834/2007	1
<b>SUMME</b>	<b>1461</b>

B. Sonstige Beschwerden (insbesondere gegen Maßnahmen)

Sicherheitspolizeigesetz	3
Bgld. Landarbeitsordnung	2
AVRAG	1
Bgld. Baugesetz	1
Bgld. Jagdgesetz	1
Führerscheingesetz	1
KFG	1
StVO	1
VStG	1
<b>SUMME</b>	<b>12</b>

C. Administrativverfahren

Bgld. Kanalabgabegesetz - Gemeinden	64
Bgld. BauG - Bewilligungen Gemeinden	63
Führerscheingesetz Lenkberechtigung-Entzug	53
Übernahmeakten VwGH	35
Bgld. Jagdgesetz	30
Bgld. Baugesetz - Bewilligungen	26
Bgld. Baugesetz	25
Gewerbeordnung - Betriebsanlage	18
Wasserrechtsgesetz 1959	18
Abfallwirtschaftsgesetz des Landes	17
Flurverfassungs-Landesgesetz	17
Bgld. Naturschutz- und LandschaftspflegeG - Bewilligung	16
Weinbaugesetz	16
Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz	14
Vergabe Nachprüfung	14
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	14
Bgld. Baugesetz - Kostenbeiträge Gemeinden	13
Getränke- und Speiseeisabgabegesetz - Gemeinden	13
Landtagswahlordnung - Gemeinden	12

Waffengesetz	12
Bgld. Mindestsicherungsgesetz	11
Bgld. Pflichtschulgesetz	11
Bgld. Sozialhilfegesetz	11
Fremdenpolizeigesetz	11
Gewerbeordnung	11
Wasserrechtsgesetz 1959 - Betriebsanlage	11
Bgld. BauG - sonstige Verfahren Gemeinden	10
Vergabe Einstweilige Verfügung	10
Bgld. Pflanzenschutzgesetz - Kostenbeiträge Gemeinden	9
Dienstrecht - Gemeinden	7
Führerscheingesetz andere Verfahren	7
Gesetz über WLW Nördliches Bgld.	7
Bgld. Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz	6
Eisenbahngesetz	6
Forstgesetz	6
KFG	6
Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz	6
Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes	5
Apothekengesetz	5
Pflichtschulgesetz	5
Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz - Gemeinden	4
Führerscheingesetz Verweigerung, Einschränkung	4
Kraftfahrliniengesetz	4
Namensänderungsgesetz	4
Rechtsanwaltsordnung	4
Ärztegesetz	3
AWG 2002 Betriebsanlage	3
Bgld. Kanalanschlußgesetz - Gemeinden	3
Bgld. Raumplanungsgesetz	3
Grundsteuergesetz	3
Kommunalsteuergesetz - Gemeinden	3
Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz	3
Meldegesezt	3
Meldegesezt - Gemeinden	3
Mineralrohstoffgesetz	3
Zahnärztekammergesetz	3
Bgld. Elektrizitätswesengesetz	2
Bgld. Leichen- und Bestattungswesengesetz	2
BUAG	2

Denkmalschutzgesetz	2
Eisenbahnteilungsgesetz	2
Gehaltsgesetz	2
Gesetz über Aufforsten von Nichtwaldflächen	2
Grundsteuergesetz - Gemeinden	2
Landesgesetz Aufforstung von Nichtwaldflächen	2
StVO	2
Tourismusabgabe - Gemeinden	2
Übernahmeakten VwGH Säumnisbeschwerden	2
Ziviltechniker-Kammergesetz	2
Abgabenexekutionsordnung	1
Altenwohn- und Pflegeheimgesetz	1
Arbeiterkammer-Wahlordnung	1
Betriebsordnung f.d. nichtlinienmäßigen Personenverkehr	1
Bgld. AISG	1
Bgld. Feuerwehrgesetz	1
Bgld. Grundverkehrsgesetz	1
Bgld. Heilvorkommen- und Kurortegesetz	1
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz - Gemeinden	1
Bgld. Straßengesetz	1
Bgld. Tourismusgesetz	1
Feuerwehrgesetz	1
Getränkeabgabengesetz	1
Kommunalsteuergesetz	1
Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz	1
Landwirtschaftliches Bringungsrecht	1
Lebensmittelgesetz	1
Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG	1
Lustbarkeitsabgabengesetz	1
Ökostromgesetz	1
Passgesetz	1
Pflanzenschutzmittelgesetz	1
Pyrotechnikgesetz	1
Schulunterrichtsgesetz	1
StVO - Gemeinden	1
Tierschutzgesetz	1
Übernahmeakten VfGH	1
Vereinsgesetz	1
Weinggesetz	1
<b>SUMME</b>	<b>759</b>

#### D. Höchstgerichtliche Verfahren

Bescheidbeschwerden/Revisionen VwGH	69
Bescheidbeschwerden VfGH	28
Verfahrenshilfe bei ao. Revisionen	2
Normprüfungsanträge	16
<b>SUMME</b>	<b>115</b>

**Aktenanfall gesamt                    2347**

### **Erledigungen in den Berichtsjahren**

#### A. Verwaltungsstrafsachen

##### 1. Art der Erledigungen

Einzelrichterentscheidungen	1258
mit mündlicher Verhandlung	415
Beschwerdevorentscheidungen	5
mit Verfahrenshilfe	6

##### 2. Inhalt der Erledigungen

Zurückweisungen	103
Abweisungen	458
teilweise Stattgebungen	197
volle Stattgebungen	439
Einstellungen nach § 51 Abs 7 VStG	6
Sonstige Einstellungen	48
Abtretungen wegen Unzuständigkeit	<u>7</u>
	<b>1258</b>

## B. Maßnahmenbeschwerden

### 1. Art der Erledigungen

Einzelrichterentscheidungen	11
mit mündlicher Verhandlung	1

### 2. Inhalt der Erledigungen

Zurückweisungen	3
Abweisungen	1
Feststellungen der Rechtswidrigkeit	2
Sonstige Einstellungen	2
Abtretungen wegen Unzuständigkeit	<u>3</u>
	<b>11</b>

## C. Administrativverfahren

### 1. Art der Erledigungen

Einzelrichterentscheidungen	671
Senatsentscheidungen	6
mit mündlicher Verhandlung	112
Beschwerdevorentscheidungen	3

### 2. Inhalt der Erledigungen

Zurückweisungen	77
Abweisungen	220
teilweise Stattgebungen	102
volle Stattgebungen	132
Zurückverweisungen an Verwaltungsbehörden	69
Sonstige Einstellungen	49
Abtretungen wegen Unzuständigkeit	<u>22</u>
	<b>671</b>

## D. Höchstgerichtliche Verfahren im Einzelfall

### 1. Art der Erledigungen des Landesverwaltungsgerichtes

Einzelrichterentscheidungen	65
Aktenvorlage	45
Gegenschriften	7
Ersatzbescheide	8

### 2. Inhalt der Erledigungen der Höchstgerichte

Ab-, Zurückweisungen	34
Ablehnungen	20
volle Stattgebungen	8
teilweise Stattgebungen	1
Sonstige Einstellungen	<u>2</u>
	<b>65</b>

## E. Normprüfungsanträge

### 1. Inhalt der Erledigungen des Verfassungsgerichtshofes

Zurückweisungen	<u>16</u>
	<b>16</b>

**Erledigungen Gesamt 2021**

## **Aktenanfall nach Behörden**

Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung	117
Bezirkshauptmannschaft Güssing	253
Bezirkshauptmannschaft Jennersdorf	95
Bezirkshauptmannschaft Mattersburg	121
Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See	637
Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf	167
Bezirkshauptmannschaft Oberwart	280
Gemeinden zusammengefasst	251
Amt der Bgld. Landesregierung als Agrarbehörde	16
Bgld. Landesregierung	44
Landeshauptmann Burgenland	12
Landespolizeidirektion Burgenland	126
Bürgermeister der Freistadt Eisenstadt	9
Bürgermeister der Freistadt Rust	15
LVwG (HG-Verfahren)	115
Sonstige Behörden oder Auftraggeber	89

Eingang nach Behörden 2014/2015

**Administrativsachen**

Behörde				2014	2015	Summe
<b>Bezirkshauptmannschaften:</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>S</b>			
Eisenstadt-Umgebung	12	9	21			
Güssing	31	43	74			
Jennersdorf	7	8	15			
Mattersburg	18	10	28			
Neusiedl am See	69	37	106			
Oberpullendorf	20	12	32			
Oberwart	33	24	57			
<b>Summe BH`s</b>	<b>190</b>	<b>143</b>	<b>333</b>	<b>190</b>	<b>143</b>	<b>333</b>

<b>Gemeinden:</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>S</b>			
Apetlon	11		11			
Bad Sauerbrunn	1		1			
Bad Tatzmannsdorf		1	1			
Bernstein	2		2			
Burgauerg-Neudauberg	2		2			
Breitenbrunn	1		1			
Bruckneudorf	2	2	4			
Deutsch Jahrndorf	1		1			
Deutsch Kaltenbrunn	1	2	3			
Donnerskirchen	1		1			
Forchtenstein	1		1			
Gem.wahlbeh. Eisenstadt		1	1			
Gem.wahlbeh. Heiligenbr.		9	9			
Gem.wahlbeh. Loipersbach		1	1			
Gem.wahlbeh. Mattersburg		1	1			
Gols	2		2			
Großhöflein	2	2	4			
Großpetersdorf	1		1			
Großwarasdorf	4	1	5			
Güssing	1		1			
Halbturn	2	1	3			
Hannersdorf	1	1	2			



Illmitz	3	3	6			
Jennersdorf	1	1	2			
Jois		1	1			
Kittsee		2	2			
Kobersdorf	1		1			
Kohfidisch		1	1			
Krensdorf	1		1			
Mariasdorf	1		1			
Mattersburg	7	1	8			
Markt Neuhodis		1	1			
Mischendorf	1		1			
Mönchhof	1		1			
Mörbisch		4	4			
Moschendorf	8	2	10			
Müllendorf	1		1			
Neckenmarkt		1	1			
Neudörfel	1		1			
Neusiedl am See	3	10	13			
Nikitsch	2		2			
Oberschützen	2	1	3			
Oberwart	49	11	60			
Oggau	1		1			
Ollersdorf i.B.		1	1			
Oslip	4		4			
Pamhagen		3	3			
Parndorf	2	1	3			
Pilgersdorf	1	2	3			
Pinkafeld		2	2			
Piringsdorf		2	2			
Podersdorf	5	6	11			
Pöttelsdorf	1		1			
Pöttsching	2		2			
Potzneusiedl	1		1			
Rechnitz	1	3	4			
Ritzing	1	4	5			
Rohr im Burgenland	1	1	2			
Rotenturm an der Pinka	2	2	4			
Schattendorf		1	1			

Schützen am Gebirge		1	1			
Sigleß	1		1			
Stadtschlaining	1	1	2			
Stegersbach		1	1			
St. Andrä am Zicksee	2		2			
St. Margarethen	1		1			
Tschanigraben	1		1			
Wallern	1	1	2			
Weiden am See	1	1	2			
Wiesen	4		4			
Winden am See	2	2	4			
Summe Gemeinden	154	96	250	<b>154</b>	<b>96</b>	<b>250</b>

<b>Sonstige</b>			
Ärztchammer für Burgenland	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
Amt der Bgld. Landesregierung als Agrarbehörde	<b>12</b>	<b>4</b>	<b>16</b>
Ausschuss der Rechtsanwaltskammer Bgld.		<b>3</b>	<b>3</b>
BELIG	<b>2</b>		<b>2</b>
Berufungskommission des Bgld. Müllverbandes		<b>2</b>	<b>2</b>
Bezirksschiedskommission Oberwart		<b>1</b>	<b>1</b>
Bezirksschiedskommission Güssing	<b>3</b>		<b>3</b>
Bezirksschiedskommission Oberwart		<b>1</b>	<b>1</b>
Bgld. Landesregierung	<b>25</b>	<b>19</b>	<b>44</b>
Bürgermeister der Freistadt Eisenstadt	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>10</b>
Bürgermeister der Freistadt Rust	<b>2</b>		<b>2</b>
Bürgermeister der Marktgemeinde Neckenmarkt		<b>1</b>	<b>1</b>
Bundeskammer der Architekten,...		<b>2</b>	<b>2</b>
BM für Gesundheit	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>3</b>
BM für Verkehr, Innovation und Technologie	<b>2</b>		<b>2</b>
Burgenländischer Müllverband	<b>9</b>	<b>4</b>	<b>13</b>
Burgenland Tourismus	<b>1</b>		<b>1</b>
Disziplinarkommission für Gemeindebeamte ..	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
Disziplinarkommission für Landesbeamte ...	<b>2</b>		<b>2</b>
Disziplinarkommission für Landeslehrer ...	<b>3</b>		<b>3</b>
Disziplinarrat der Rechtsanwaltskammer Bgld.		<b>1</b>	<b>1</b>
Energie Burgenland Biomasse	<b>2</b>		<b>2</b>
Freistadt Eisenstadt Wirtschaftsbetriebe		<b>1</b>	<b>1</b>

Hauptwahlkommission Wahl AK		<b>1</b>	<b>1</b>
KRAGES		<b>1</b>	<b>1</b>
Land Burgenland		<b>2</b>	<b>2</b>
Landeshauptmann von Burgenland	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>12</b>
Landeshauptmann von Wien	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
Landespolizeidirektion Burgenland	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>15</b>
Landesschulrat für Burgenland	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>6</b>
Österr. Zahnärztekammer		<b>3</b>	<b>3</b>
Wasserleitungsverband Nördl. Bgld.	<b>1</b>	<b>12</b>	<b>13</b>
<b>Summe Sonstige Behörden</b>	<b>94</b>	<b>82</b>	<b>176</b>

<b>Zusammenfassung Administrativsachen:</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>Summe</b>
<b>Bezirkshauptmannschaften</b>	<b>190</b>	<b>143</b>	<b>333</b>
<b>Gemeinden</b>	<b>154</b>	<b>96</b>	<b>250</b>
<b>Landesregierung</b>	<b>37</b>	<b>25</b>	<b>62</b>
<b>Landeshauptmann</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>12</b>
<b>Sonstige Behörden</b>	<b>50</b>	<b>52</b>	<b>102</b>
	<b>438</b>	<b>321</b>	<b>759</b>

### **Maßnahmenbeschwerden**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>Summe</b>
BH Eisenstadt-Umgebung	1	3	4
BH Güssing		1	1
BH Jennersdorf	1	1	2
BH Neusiedl am See	1		1
BH Oberwart	1		1
LPD Burgenland	1	1	2
Gemeinderat Bad Sauerbrunn		1	1
<b>Summe Maßnahmenbeschwerden</b>	<b>5</b>	<b>7</b>	<b>12</b>

## Strafsachen

Behörde				2014	2015	Summe
<b>BH`s:</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>S</b>			
Eisenstadt-Umgebung	53	39	92			
Güssing	99	79	178			
Jennersdorf	52	26	78			
Mattersburg	67	26	93			
Neusiedl am See	296	234	530			
Oberpullendorf	102	33	135			
Oberwart	167	55	222			
<b>Summe BH`s</b>	<b>836</b>	<b>492</b>	<b>1328</b>	<b>836</b>	<b>492</b>	<b>1328</b>

Sonstige	14	15	S	2014	2015	Summe
Bürgermeister Eisenstadt	6	5	11			
Bürgermeister Rust	13	-	13			
Landespolizeidirektion Bgld.	74	35	109			
<b>Summe Sonstige</b>	<b>93</b>	<b>40</b>	<b>133</b>	<b>93</b>	<b>40</b>	<b>133</b>

Eingang nach Materien 2014/2015

**Administrativsachen**

Bezeichnung	2014	2015	Summe
Abfallwirtschaftsgesetz des Landes	5	6	11
Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes	-	5	5
Abgabenexekutionsordnung	-	1	1
Ärztegesetz	-	3	3
Altenwohn- und Pflegeheimgesetz	-	1	1
Apothekengesetz	3	2	5
Arbeiterkammer-Wahlordnung	-	1	1
BO fd. nichtlinienmäßigen Personenverkehr	-	1	1
AWG 2002 Betriebsanlage	3	-	3
Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz - Gemeinden	3	1	4
Bgld. AISG	1	-	1
Bgld. AWG Ü-LReg.	6	-	6
Bgld. BauG - Bewilligungen	13	13	26
Bgld. BauG - Bewilligungen Gemeinden	41	22	63
Bgld. BauG - Kostenbeiträge Gemeinden	4	9	13
Bgld. BauG - sonstige Verfahren Gemeinden	4	6	10
Bgld. Baugesetz	3	3	6
Bgld. Baugesetz - Ü-LReg.	9	-	9
Bgld. Baugesetz - Ü-BHs	10	-	10
Bgld. ElektrizitätswesenG Ü-BM	1	-	1
Bgld. ElektrizitätswesenG	-	1	1
Bgld. Feuerwehrgesetz	-	1	1
Bgld. Grundverkehrsgesetz	-	1	1
Bgld. Heivorkommen- und KurorteG	1	-	1
Bgld. Jagdgesetz	13	16	29
Bgld. Jagdgesetz Ü-LReg.	1	-	1
Bgld. Kanalabgabegesetz - Gemeinden	21	11	32
Bgld. Kanalabgabegesetz Ü-BHs	32	-	32
Bgld. Kanalanschlußgesetz - Gemeinden	3	-	3
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz - Gemeinden	-	1	1
Bgld. Leichen- und BestattungswesenG	-	2	2
Bgld. Mindestsicherungsgesetz	6	5	11

Ü-Akten sind die von früheren Berufungsbehörden übernommenen Akten.

Bgld. Natur- und Landschaftsschutzgesetz	2	4	6
Bgld. NG - Bewilligungen	11	5	16
Bgld. PflanzenschutzG - Kostenbeitr.Gemeinden	3	6	9
Bgld. Pflichtschulgesetz	4	6	10
Bgld. Pflichtschulgesetz Ü-LReg.	1	-	1
Bgld. Raumplanungsgesetz	1	2	3
Bgld. Sozialhilfegesetz	7	4	11
Bgld. Straßengesetz	-	1	1
Bgld. Tourismusgesetz	1	-	1
BUAG	1	1	2
Denkmalschutzgesetz Ü-LReg.	1	-	1
Denkmalschutzgesetz	-	1	1
Dienstrecht - Gemeinden	2	5	7
Eisenbahnteilungsgesetz Ü-BM	2	-	2
Eisenbahngesetz	1	3	4
Eisenbahngesetz Ü-BM	1	-	1
Eisenbahngesetz Ü-LReg	1	-	1
Feuerwehrgesetz Ü-BH	1	-	1
Flurverfassungs-Landesgesetz	9	4	13
Flurverfassungs-Landesgesetz Ü-LReg.	4	-	4
Forstgesetz	4	1	5
Forstgesetz Ü-LReg.	1	-	1
Fremdenpolizeigesetz	11	-	11
Führerscheingesetz andere Verfahren	1	6	7
Führerscheingesetz Lenkberechtigung-Entzug	26	27	53
Führerscheingesetz Verweigerung, Einschränkung	1	3	4
G über den WLV Nördl. Bgld.	1	6	7
Gehaltsgesetz	1	1	2
G über Aufforstung von Nichtwaldflächen	-	2	2
Getränke- und SpeiseeisabgabeG - Gemeinden	4	9	13
Getränkeabgabegesetz	-	1	1
Gewerbeordnung	4	7	11
Gewerbeordnung - Betriebsanlage	9	8	17
GewO Ü-LReg.	1	-	1
Grundsteuer - Gemeinden	2	-	2
Grundsteuergesetz	3	-	3
KFG	5	1	6
Kommunalsteuergesetz	-	1	1

Kommunalsteuergesetz - Gemeinden	-	3	3
Kraftfahrliniengesetz	4	-	4
Landesbeamten-BesoldungsrechtsG	1	-	1
Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz	2	1	3
Landeslehrer DienstrechtsG Ü-LReg.	3	-	3
Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz	3	-	3
Landtagswahlordnung - Gemeinden	-	12	12
Landwirtschaftliches Bringungsrecht	1	-	1
Lebensmittelgesetz	-	1	1
Lebensmittels.- und VerbraucherschutzG	1	-	1
LG Aufforstung von Nichtwaldflächen	1	1	2
Lustbarkeitsabgabegesetz	1	-	1
Meldegesetz	1	-	1
Meldegesetz - Gemeinden	-	3	3
Meldegesetz Ü-LPD	2	-	2
MinroG Ü-BM	2	-	2
MinroG Ü-LReg.	1	-	1
NAG Ü-BM	10	-	10
Namensänderungsgesetz	2	-	2
Namensänderungsgesetz Ü-LReg.	2	-	2
Niederlassungs- und Aufenthaltsg	2	2	4
Ökostromgesetz	-	1	1
Passgesetz Ü-LPD	1	-	1
Pflanzenschutzmittelgesetz	-	1	1
Pyrotechnikgesetz	-	1	1
Pflichtschulgesetz Ü-BHs	5	-	5
Rechtsanwaltsordnung	-	4	4
Schulunterrichtsgesetz	1	-	1
StVO	2	-	2
StVO - Gemeinden	-	1	1
Tierschutzgesetz	-	1	1
Tourismusabgabe - Gemeinden	1	1	2
Übernahmeakt VfGH	-	1	1
Übernahmeakt VwGH	28	7	35
Übernahmeakt VwGH Säumnisbeschwerden	2	-	2
Vereinsgesetz	1	-	1
Vergabe Einstweilige Verfügung	4	6	10
Vergabe Nachprüfung	6	8	14

Verwaltungsvollstreckungsgesetz	4	7	11
Vollstreckung Ü-LReg.	3	-	3
Waffengesetz	5	4	9
Waffengesetz Ü-LPD	3	-	3
Wasserrechtsgesetz 1959	3	2	5
Wasserrechtsgesetz 1959 - Betriebsanlage	7	4	11
Wasserrechtsgesetz 1959 Ü-BM	6	-	6
Wasserrechtsgesetz 1959 Ü-LReg.	7	-	7
Weinbaugesetz	-	16	16
Weingesetz	-	1	1
Zahnärztekammergesetz	-	3	3
Ziviltechniker-Kammergesetz	-	2	2
<b>SUMME</b>	<b>438</b>	<b>321</b>	<b>759</b>

### Maßnahmenbeschwerden

Bezeichnung	2014	2015	Summe
AVRAG	-	1	1
Bgld. Baugesetz	-	1	1
Bgld. Jagdgesetz	-	1	1
Bgld. Landarbeitsordnung	-	2	2
Führerscheinggesetz	-	1	1
KFG	1	-	1
Sicherheitspolizeigesetz	2	1	3
StVO	1	-	1
VStG	1	-	1
<b>SUMME</b>	<b>5</b>	<b>7</b>	<b>12</b>

### HG-Verfahren

Bezeichnung	2014	2015	Summe
Bescheidbeschw./Revisionen VwGH	35	34	69
Bescheidbeschwerden VfGH	6	22	28
Verfahrenshilfe bei ao. Revisionen	2	-	2
Normprüfungsanträge	14	2	16
<b>SUMME</b>	<b>57</b>	<b>58</b>	<b>115</b>



## Strafsachen

Bezeichnung	2014	2015	Summe
Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes	21	9	30
Abzeichengesetz	1	-	1
Ärztegesetz	1	-	1
AETR	1	1	2
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz	2	1	3
Arbeitsruhegesetz	1	-	1
Arbeitszeitgesetz	16	1	17
ASVG	39	12	51
AuslBG	11	3	14
AVG	4	2	6
AVRAG	48	13	61
Bauarbeitenkoordinationsgesetz	1	-	1
BauarbeiterschutzVO	1	3	4
Bgld. Baugesetz	16	29	45
Bgld. Grundverkehrsgesetz	1	-	1
Bgld. Jagdgesetz 2004	15	2	17
Bgld. Kinderbildungs- und betreuungsG	-	2	2
Bgld. Landarbeitsordnung - LArbO	7	1	8
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz	10	2	12
Bgld. Leichen- und Bestattungswesengesetz	2	-	2
Bgld. Naturschutz- und LandschaftspflegeG	16	15	31
Bgld. Straßengesetz 2005	-	1	1
Bgld. Veranstaltungsgesetz	-	1	1
Bgld. Wählerevidenzgesetz	1	-	1
BUAG	2	-	2
Bundes-Luftreinhaltegesetz	4	-	4
Bundesstatistikgesetz	1	-	1
Bundesstraßen-Mautgesetz 2002	64	12	76
E-Commerce-Gesetz	-	1	1
EGVG	-	2	2
EisenbahnkreuzungsVO	4	-	4
Feldschutzgesetz	1	-	1
Forstgesetz	4	1	5
Fremdenpolizeigesetz	23	1	24

Führerscheingesetz	14	10	24
Gesetz über den WLV Nördl. Bgld.	1	-	1
Gewerbeordnung	42	31	73
GGBG	28	19	47
Glücksspielgesetz	92	55	147
Güterbeförderungsgesetz	8	6	14
Gesetz über die Mindesabst. zu fremden Grundst.	1	-	1
Kesselgesetz	1	-	1
KFG	154	103	257
Kraftfahrliniengesetz	1	1	2
Kurzparkzonen-ÜberwachungsVO	-	1	1
Kurzparkzonengebührengesetz	4	4	8
Lebensmittelgesetz	1	-	1
Lebensmittels.- und VerbraucherschutzG	15	3	18
Luftfahrtgesetz	1	-	1
Maß- und Eichgesetz	-	1	1
Mediengesetz	1	-	1
Meldegesezt	6	1	7
Mineralrohstoffgesetz	5	2	7
Nationalparkgesetz	7	-	7
Niederlassungs- und Aufenthaltsg	1	1	2
Pflanzenschutzmittelgesetz	1	1	2
Rotkreuzgesetz	-	2	2
Schiffahrtsgesetz	1	-	1
Sicherheitspolizeigesetz	2	-	2
StVO	164	113	277
Tabakgesetz	5	-	5
Tierärztegesetz	1	-	1
Tiergesundheitsgesetz	-	3	3
Tierschutzgesetz	6	8	8
Tiertransportgesetz	-	1	1
Universitätsgesetz	1		1
Verfahrenshilfeantrag LVwG	-	4	4
Verordnung (EG) 561/2006	16	8	24
Verordnung (EG) 834/2007	1	-	1
Verordnung (EG) 3821/85	4	5	9
VStG	8	3	11

Weinbaugesetz	2	15	17
Weingesetz	6	13	19
WRG	10	3	13
<b>SUMME</b>	<b>929</b>	<b>532</b>	<b>1461</b>

## Zusammenfassung Eingänge - Erledigungen

### Eingänge 2014/2015

	2014	2015	Summe
Administrativsachen	438	321	<b>759</b>
Strafsachen	929	532	<b>1461</b>
Maßnahmenbeschwerden	5	7	<b>12</b>
HG-Verfahren	43	56	<b>99</b>
HG3-Verfahren	14	2	<b>16</b>
<b>SUMME</b>	<b>1429</b>	<b>918</b>	<b>2347</b>

### Erledigungen 2014/2015

	2014	2015	Summe
Administrativsachen	356	315	<b>671</b>
Strafsachen	718	540	<b>1258</b>
Maßnahmenbeschwerden	4	7	<b>11</b>
HG-Verfahren	18	47	<b>65</b>
HG3-Verfahren	-	16	<b>16</b>
<b>SUMME</b>	<b>1096</b>	<b>925</b>	<b>2021</b>

Art der Erledigungen **Maßnahmenbeschwerden** 2014-2015 nach belangter Behörde

<b>Behörde</b>	<b>R</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>E</b>	<b>Summe</b>
BH Eisenstadt-Umgebung		1	1		2	<b>4</b>
BH Jennersdorf	1			1		<b>2</b>
BH Neusiedl am See				1		<b>1</b>
BH Oberwart	1					<b>1</b>
Gemeinderat Bad Sauerbrunn			1			<b>1</b>
LPD Eisenstadt			1	1		<b>2</b>
	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>11</b>
	<b>2 = 18,2 % Erfolg für BF</b>	<b>9 = 81,8 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

- R = Feststellung der Rechtswidrigkeit
- A = Abweisung
- Z = Zurückweisung
- U = Abtretung wegen Unzuständigkeit
- E = sonstige Einstellung

Art der Erledigungen **Administrativsachen** 2014-2015 nach belangter Behörde

**Bezirkshauptmannschaften**

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>Y</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
BH Eisenstadt-Umgebung	1	8		4	2	1		<b>16</b>
BH Güssing	2	11	15	27	4		2	<b>61</b>
BH Jennersdorf	1	5		6	1		1	<b>14</b>
BH Mattersburg	4	6	4	8	4		1	<b>27</b>
BH Neusiedl am See	21	13	7	43	8	4	4	<b>100</b>
BH Oberpullendorf	1	6	3	15	3	1	1	<b>30</b>
BH Oberwart	7	14	7	16	4		4	<b>52</b>
<b>Summe BH`s</b>	<b>37</b>	<b>63</b>	<b>36</b>	<b>119</b>	<b>26</b>	<b>6</b>	<b>13</b>	<b>300</b>
	<b>136 = 45,3 % Erfolg für BF</b>			<b>164 = 54,7 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

**Gemeinden**

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>Y</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
alle Gemeinden	48	32	20	48	26	10	16	<b>200</b>
	<b>100 = 50 % Erfolg für BF</b>			<b>100 = 50 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

**Zusammenfassung** Art der Erledigungen **Administrativsachen** 2014-2015 nach belangter Behörde

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>Y</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
Bezirkshauptmannschaften	37	63	36	119	26	6	13	<b>300</b>
Gemeinden	48	32	20	48	26	10	16	<b>200</b>
Stadtsenat Eisenstadt		4						<b>4</b>
Stadtsenat Rust			1				1	<b>2</b>
Bgld. Landesregierung	6	5	4	20	8	4	5	<b>52</b>
Landeshauptmann von Burgenland	1	4		2	1		1	<b>9</b>
Landespolizeidirektion Bgld.	4	2		5	2		1	<b>14</b>
Sonstige Behörden	6	22	8	26	14	2	12	<b>90</b>
<b>Summe</b>	<b>102</b>	<b>132</b>	<b>69</b>	<b>220</b>	<b>77</b>	<b>22</b>	<b>49</b>	<b>671</b>
	<b>303 = 45,2 % Erfolg für BF</b>			<b>368 = 54,8 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

T = Teilweise Stattgebung

V = Volle Stattgebung

Y = Zurückverweisung an VwB

A = Abweisung

Z = Zurückweisung

U = Abtretung wegen Unzuständigkeit

E = sonstige Einstellung

Art der Erledigungen **Strafsachen** 2014-2015 nach belangter Behörde

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>E</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
BH Eisenstadt-Umgebung	11	22	25	9	1	1	7	<b>76</b>
BH Güssing	25	45	45	10		1	7	<b>133</b>
BH Jennersdorf	12	15	28	5			7	<b>67</b>
BH Mattersburg	15	25	34	5		1	1	<b>81</b>
BH Neusiedl am See	77	198	139	39	3	2	18	<b>476</b>
BH Oberpullendorf	11	24	84	3	1			<b>123</b>
BH Oberwart	29	62	79	17	1		4	<b>192</b>
Bürgermeister von Eisenstadt	4		3			2	1	<b>10</b>
Bürgermeister von Rust	6	2	4	1				<b>13</b>
LPD Eisenstadt	7	46	17	14			3	<b>87</b>
<b>Summe</b>	<b>197</b>	<b>439</b>	<b>458</b>	<b>103</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>48</b>	<b>1258</b>
	<b>636 = 50,6 % Erfolg für BF</b>		<b>622 = 49,4 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>	

T = Teilweise Stattgebung

V = Volle Stattgebung

A = Abweisung

Z = Zurückweisung

E = Einstellung in Strafverfahren (§ 43 VwGVG)

U = Abtretung wegen Unzuständigkeit

E = sonstige Einstellung



### Zusammenstellung Art der Erledigung 2014-2015

	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>R</b>	<b>Y</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>E</b>	<b>Summe</b>
Administrativverfahren	102	132		69	220	77	22	49		671
Maßnahmenbeschwerden			2		1	3	3		2	11
Verwaltungsstrafverfahren	197	439			458	103	7	48	6	1258
<b>Summe</b>	<b>299</b>	<b>571</b>	<b>2</b>	<b>69</b>	<b>679</b>	<b>183</b>	<b>32</b>	<b>97</b>	<b>8</b>	<b>1940</b>
	<b>941 = 48,5 % Erfolg für BF</b>				<b>999 = 51,5 % negativ für BF</b>					<b>100 %</b>

T = Teilweise Stattgebung

V = Volle Stattgebung

R = Feststellung der Rechtswidrigkeit

Y = Zurückverweisung an VwB

A = Abweisung

Z = Zurückweisung

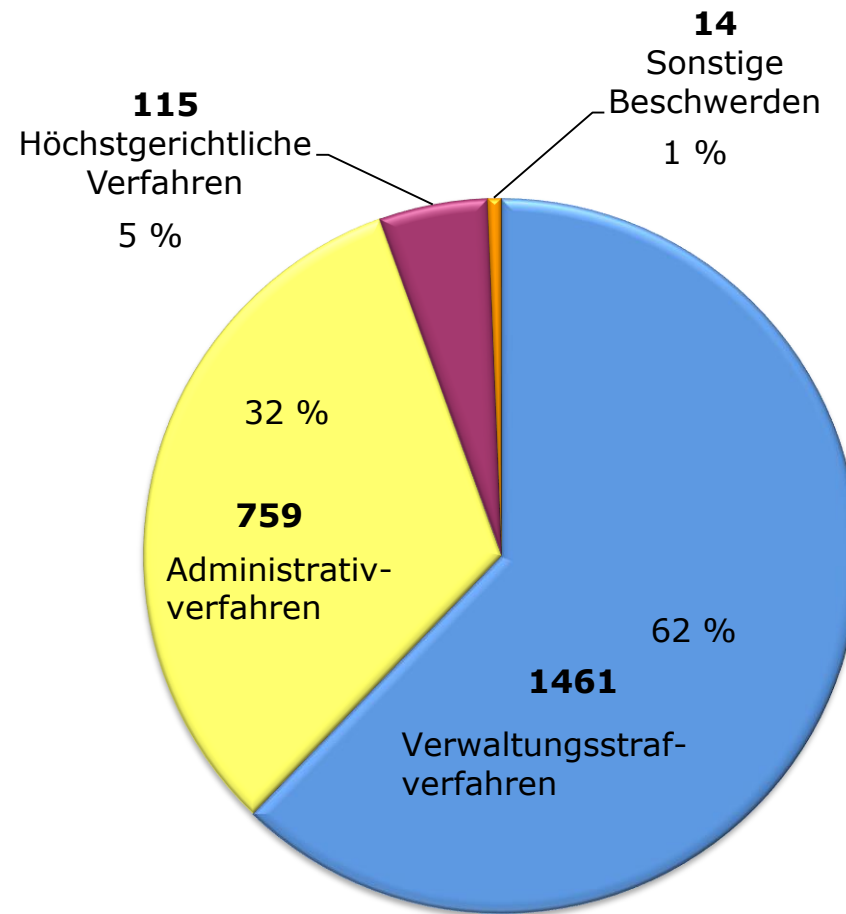
U = Abtretung wegen Unzuständigkeit

X = Sonstige Einstellung

E = Einstellung in Strafverfahren (§ 43 VwGVG)

E = Sonstige Einstellung bei Maßnahmenbeschwerden

# Verfahrensanzahl



## Gesamtübersicht Art der Erledigungen

